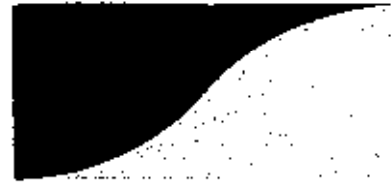


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB unterbreitet Vorschläge für einen anderen Umgang mit den hochverschuldeten Entwicklungsländern: Die Weltbank-Politik ändern!

Seite 1

Klaus Wettig MdEP würdigt Sico Mansholt, der am 13. September 80 wird: Sozialistischer Vor- und Querdenker.

Seite 3

Rolf Langenberger MdL setzt sich mit dem ökologischen Bewußtsein des bayerischen Umweltministers auseinander: Netz, Einkaufskorb oder Plastiktüte?

Seite 4

Dokumentation:

Dr. Jürgen Schmude MdB sprach am 11. September in Düsseldorf zum Tag der Heimat: Niemals darf es eine zweite Vertreibung geben. (Teil I)

Seite 5

43. Jahrgang / 174

12. September 1988

Die Weltbank-Politik ändern!

Vorschläge für einen anderen Umgang mit den hochverschuldeten Entwicklungsländern

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Vom 27. bis zum 29. September 1988 tagt die Jahresversammlung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zum ersten Mal in der Bundesrepublik. Damit ist das Interesse der deutschen Öffentlichkeit auf diese bedeutenden internationalen Institutionen gelenkt worden. Beiden wird zunehmend vorgeworfen, von den reichen Industrienationen im Sinne einer heimlichen Rekolonialisierung der Dritten Welt instrumentalisiert zu werden. Daß eine Änderung der Weltbank-Politik notwendig und wichtig ist, dürfte langsam auch für weniger scharfe Kritiker außer Frage stehen. Zu wenig sind die sozialen Folgen der Anpassungsprogramme bisher berücksichtigt worden. Auch die Demokratiedefizite der beiden Organisationen können kaum geleugnet werden. Wichtig ist deshalb eine wirklich sachliche und konstruktive Auseinandersetzung mit Bank und Fonds, die dazu beiträgt, gangbare Lösungen für die gravierenden Probleme der hochverschuldeten Entwicklungsländer aufzuzeigen.

Besonders begrüßenswert ist in diesem Zusammenhang eine internationale parlamentarische Initiative, an der sich auch Abgeordnete des Deutschen Bundestages beteiligt haben. Wir, das heißt der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und die entwicklungspolitischen Sprecher/innen aller vier Bundestagsfraktionen, haben uns im Juni dieses Jahres in einem gemeinsamen Schreiben an Weltbankpräsidenten Barber Conable gewandt. Wir haben darin konkrete Maßnahmen für eine Änderung der Politik der Weltbank gegenüber der Dritten Welt in folgenden drei Bereichen vorgeschlagen:

- Die Weltbank sollte sich auf ihrer Jahresversammlung Ende September in Berlin darauf verständigen, das verstärkt soziale Indikatoren verwendet werden, um Fortschritte im Entwicklungsprozeß der Länder der Dritten Welt festzustellen. Die Lebensbedingungen der ärmsten Menschen lassen sich am besten

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2—10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umweltschutz
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



anhand sozialer Indikatoren, wie zum Beispiel Kindersterblichkeit, Lebenserwartung und Verfügbarkeit von sauberem Wasser messen. Die sich bereits abzeichnende Umorientierung der Weltbank auf eine verstärkte Berücksichtigung sozialer Faktoren zur Messung von Entwicklungsfortschritten muß konkret in die Praxis umgesetzt werden.

- Die Weltbank sollte den Regierungen der Geberländer vorschlagen, daß die Gelder, die sie der Internationalen Entwicklungsagentur (IDA) zur Verfügung stellen, in der Regel als Zuschüsse an die ärmsten Entwicklungsländer weitergeleitet werden.

Dies zielt auf eine Erleichterung der Schuldenlast für die ärmsten Länder der Erde ab, die hauptsächlich bei Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen verschuldet sind. Die Weltbanktochter IDA vergibt bislang Kredite zu sehr günstigen Bedingungen an die ärmsten Staaten. Eine Zuschußregelung würde diesen Ländern die Last abnehmen, zusätzlich Entwicklungshilfedarlehen bis ins nächste Jahrtausend zurückzahlen zu müssen.

- Die Weltbank sollte die Richtlinien über strukturelle Anpassungsprogramme übernehmen, die das Entwicklungskomitee der OECD im Dezember 1987 angenommen hat.

Diese Richtlinien tragen insbesondere den Auswirkungen struktureller Anpassungsprogramme auf die ärmsten Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern Rechnung. Sie sehen unter anderem vor, daß negative Folgen der Anpassung für alle besonders sensiblen Gruppen vermieden werden. Durch sorgfältige Kontrollen sollte in Zukunft sichergestellt werden, daß die Strukturanpassungsprogramme diese Richtlinien wirklich berücksichtigen.

In seinem Antwortschreiben hat der Weltbankpräsident Barber Conable zu jedem Vorschlag ausführlich Stellung genommen und die Ideen grundsätzlich positiv bewertet. Allerdings zieht er sich auf das Argument zurück, daß die verstärkte Anwendung sozialer Indikatoren bei der Bewertung von Entwicklungsfortschritten vielfach am Mangel fundierter statistischer Daten scheitern. Die Forderung sei sinnvoll, aber kurzfristig nicht zu erfüllen.

In Bezug auf IDA unterstreicht er die Verantwortung der Geberländer und weist - mit durchaus kritischem Unterton - auf ihre verhärtete Haltung während der letzten Auffüllungsrunde hin. Detailliert erläutert der Weltbankpräsident die Maßnahmen seiner Institution, die darauf hinzielen, die strukturellen Anpassungsmaßnahmen sozialer auszugestalten. Ein spezielles Pilotprojekt sei für Afrika angelaufen.

Aus dem Antwortschreiben Barber Conables ist zu erkennen, daß sich die Weltbank intensiv und ernsthaft mit unseren Vorschlägen auseinandergesetzt hat. Wenn auch unsere Vorstellungen leider nicht in der Form übernommen worden sind, wie dies wünschenswert wäre, hat man doch immerhin den Eindruck, daß die Weltbank sich in der von uns gewünschten Richtung bewegen will. Wir Parlamentarier erwarten von der Bundesregierung, daß sie die von uns angemahnten Richtungsänderungen bei der Weltbank tatkräftig unterstützt.

(-/12.9.1988/vo-he/rs)

* * *

Sozialistischer Vor- und Querdenker**Sicco Mansholt zum 80. Geburtstag**

Von Klaus Wettig MdEP

„Die Arbeitszeit muß flexibel sein, nicht die Menschen! Die Arbeitszeit könnte 35 oder 30 Arbeitsstunden pro Woche bei gleichbleibendem Lohn betragen: statt die Arbeitslosen zu bezahlen, wäre es viel logischer, die Arbeitsstunden unter allen aufzuteilen.“ Dies ist nicht der falsche Text unter einer falschen Überschrift, dies sagte Sicco Mansholt 1974 in einem Gespräch mit Janine Delaunay und Freimut Duve.

Sicco Mansholt, der am 13. September 80 Jahre alt wird, ist bei uns vor allem bekannt als derjenige, der bereits vor 20 Jahren eine Agrarpolitik forderte und entwickelte, wie sie erst jetzt langsam und in Ansätzen verwirklicht wird: Eine Agrarpolitik, die nicht nur Preis- sondern vor allem auch Strukturpolitik ist.

Aber Mansholt beschäftigte sich nicht nur mit Agrarpolitik. Als „Berufseuropäer“ und Sozialist warb er immer wieder für ein sozialistisches Europa. Auch als Präsident der EG-Kommission fühlte er sich keineswegs zu politischer Neutralität verpflichtet. „Wer wie Mansholt das zukünftige Europa zu einer sozialistischen Domäne machen will, ist in dieser europäischen Spitzenfunktion gelinde gesagt, eine krasse Fehlbesetzung“, zürnte 1972 die CSU-Landesleitung. Dabei gab Mansholt nie vor, den Stein des Weisen gefunden zu haben, wie denn nur im Einzelnen das sozialistische Europa auszu- sehen habe. Aber er forderte die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas immer wieder mit Nachdruck auf, nicht länger nur rein nationale Politik zu betreiben, sondern sich endlich über gemeinsame Zielvorstellungen zu verständigen. „Über die Notwendigkeit eines sozialistischen Programms für Europa“ schrieb Mansholt 1973. 15 Jahre später ist dies immer noch Zukunftsmusik.

Mansholt, immer wieder als „Phantast“ beschimpft, kämpfte schon Anfang der 70er Jahre für den Umweltschutz und gegen die Kernenergie. Er propagierte intensives Energiesparen und forderte verstärkte Förderung der Erforschung und Nutzung alternativer Energiequellen, wie Sonnenenergie und Erdwärme. Engagiert und streitbar schreckte er auch vor öffentlichen Auseinandersetzungen mit den Genossen in anderen EG-Ländern nicht zurück. 1972 warf er der SPD vor, sich mit dem Problem des Umweltschutzes und der damit indirekt verknüpften Frage des Wirtschaftswachstums nicht ernsthaft beschäftigt zu haben. 1974 kritisierte er die Bonner Genossen wegen des Radikalen-Erlasses. Mit den Labour-Genossen führte er erbitterte Auseinandersetzungen wegen deren Haltung zum EG-Beitritt Großbritanniens, die er Anfang 1973 öffentlich als „absolut töricht“ kritisierte.

15 Jahre später erscheinen Mansholts Forderungen und Überlegungen längst nicht mehr so phantastisch, sind viele von ihnen Bestandteil unserer Programme und Beschlüsse. Nur das „sozialistische Programm für Europa“ kommt nicht so recht voran. Gerade angesichts der Bemühungen um die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes stellt sich jedoch für die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien die Frage, wie sie diesen Binnenmarkt gestalten wollen. Mansholt schrieb 1972: „Wir haben die Entwicklung des industriellen Systems über die nationalen Grenzen hinweg als eine Gegebenheit hinzunehmen. Wir sind keine Maschinenstürmer. Wir wissen auch, daß die Wirtschaftsgemeinschaft der Entfaltung und der Bewältigung dieser weitgreifenden Form des wirtschaftlichen Zusammenhangs dient. Aber sie soll eben nicht nur dem Wirtschaften dienen! Sie soll ein menschliches Gesicht entwickeln, im Wachstum der Dinge dienstbar sein der Entfaltung des Menschen. Daran fehlt viel, daran fehlt fast alles.“ Vielleicht könnte das eine Richtschnur sein.

(-/12.9.1988/vo-he/rs)

* * *

Netz, Einkaufskorb oder Plastiktüte?

Eine Illustration des Ökologiebewußtseins des bayerischen Umweltministers

Von Rolf Langenberger MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag ist sich mit dem bayerischen Umweltministerium darüber einig, daß es aus ökologischen Gesichtspunkten besser wäre, alle Leute würden - wie früher - ihre Einkäufe mit der Einkaufstasche, dem Netz oder dem Korb statt in der Plastiktüte nach Hause tragen. Von der Einsicht bis zur Tat ist jedoch ein weiter Schritt, daher ist es Aufgabe der Politiker, der Freiwilligkeit gezielt nachzuhelfen. Daran mangelt es bei den verantwortlichen Regierungen in Bonn und München aber ganz erheblich.

Statt der Verpackungsindustrie per Gesetz die Herstellung ökologisch unbedenklicher Materialien zu verordnen, läßt man die Gutachter streiten und die Müllberge weiter wachsen. Leider bildet auch Bayerns Umweltminister Alfred Dick hier keine Ausnahme. Er vermeidet es tunlichst, sich für oder gegen Plastik- und Papiertüten auszusprechen. „Ja“ sagt er nur zum Netz oder Korb, wobei er natürlich weiß, daß dies nichts als ein frommer Wunsch bleiben wird, solange das Angebot die Nachfrage regelt.

Im Dezember 1986 hatte ich von der Staatsregierung wissen wollen, ob sie sich dafür einsetzen will, daß ähnlich wie in Italien auch in der Bundesrepublik biologisch nicht abbaubare Einkaufstüten verboten und durch umweltfreundliche Taschen aus Altpapier ersetzt werden. Im August vergangenen Jahres erklärte Umweltminister Alfred Dick dann die Unterschiede zwischen den aus Polyäthylen hergestellten Tragetaschen und jenen aus Papier und verwies auf eine Untersuchung des Umweltbundesamtes: Diese habe ergeben, daß die Herstellung von Papiertaschen mit insgesamt höheren Luft- und Abwasserbelastungen verbunden sei.

Auch der Vergleich des Energieverbrauchs und der Ressourcenschonung falle zu Ungunsten der Papiertasche aus. Schließlich sei auch der Energiebonus beim Verbrennen der Papiertaschen um 15 Prozent niedriger als beim Verbrennen von Polyäthylentaschen. Bei der Deponierung beanspruchten Papiertüten außerdem ein zwei- bis dreifaches Volumen. Positiv bei Papiertaschen sei, daß sie nach Gebrauch als Altpapier genutzt werden können und auch die Verrottungszeit kürzer ist als bei Plastiktüten, die - das räumte Minister Dick ein - bei der Verbrennung Kohlendioxid freisetzen.

Zusammenfassend erklärte der Umweltminister, „daß Mehrweg-Tragetaschen soweit wie möglich den Vorzug haben sollten vor Einweg-Tragetaschen aus Kunststoff oder Papier“. Die Staatsregierung werde daher ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärkt auf diesen Gesichtspunkt ausrichten.

Im Januar 1988 habe ich mich erneut an das Umweltministerium gewandt und um eine Stellungnahme zu einem Gutachten des Instituts für Papierfabrikation an der Technischen Hochschule Darmstadt gebeten, das der Studie des Umweltbundesamtes widerspricht. Die Gutachter wiesen der Berliner Behörde nach, mit überholtem Zahlenmaterial gearbeitet zu haben, und führten die ökologischen Vorteile von Papier als Verpackungsmaterial an. Bayerns Umweltminister ließ sich davon jedoch nicht beeindrucken. Er teilte mit, daß das Umweltbundesamt durch die neuen Materialien zwar bewogen wurde, eine Überprüfung seiner Studie vorzunehmen, jüngste Informationen ließen jedoch darauf schließen, daß es „wohl nicht zu einer grundsätzlich anderen Einschätzung kommen wird“. Der Minister sieht keine Veranlassung, seine vor einem Jahr geäußerte Auffassung zu ändern.

Aus diesem Briefwechsel ergibt sich die bedauerliche Schlußfolgerung, daß auch in Zukunft alles beim alten bleibt: Die chemische Industrie darf mit Unterstützung der Umweltbehörden guten Gewissens weiter Plastiktüten produzieren, während die Papierindustrie nur auf die Einsicht umweltbewußter Supermarkt-Ketten und aufgeschlossener Kommunalpolitiker hoffen kann.

(-/12.9.1988/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Jürgen Schmude: Niemals darf es eine zweite Vertreibung geben

(Teil I)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Jürgen Schmude hielt zum Tag der Heimat 1988 am 11. September 1988 in Düsseldorf eine Ansprache, die wir in zwei Teilen dokumentieren.

Seit fast vier Jahrzehnten wird in jedem Jahr der Tag der Heimat feierlich begangen. Wir besinnen uns auf unsere Bindungen an unser Land und unser Volk. Wir führen uns vor Augen, was unser Selbstverständnis ausmacht. Dabei geht es um Politik und um Recht, es geht ebenso sehr um gefühlsmäßige Empfindungen.

Über den Bereich unserer jetzigen Heimat hinaus gehen unsere Gedanken zu den Deutschen, die jenseits der jetzt bestehenden Grenzen zu uns gehören, und wir erinnern uns der Entstehungsgeschichte dieser Grenzen, des Leides, das Millionen Menschen durch den Verlust ihrer Heimat erlitten haben, und der Schuld und des Unrechts, von denen das Unglück damals ausgegangen ist.

Bei diesem Gedanken geht es nicht darum, alte Wunden aufzureißen oder neue zu schlagen. Sondern es geht um Vergewisserung und um das Festhalten von Erfahrungen, aus denen wir lernen und unseren Weg in die Zukunft bestimmen wollen.

Unsere Heimat liegt im Rheinland, am Niederrhein. Heimisch fühlen wir uns in der Bundesrepublik Deutschland, in manchen Gegenden mehr, in manchen vielleicht auch weniger. Und darüber hinaus ist Deutschland unsere Heimat, wie wir es immer wieder erleben, wenn wir deutsche Landsleute und deutsche Städte oder Landschaften jenseits der Grenzen der Bundesrepublik und West-Berlins besuchen.

Vielleicht läßt es sich für manchen nicht ganz einfach formulieren, was denn nun seine Heimat und wo er zu Hause sei. Klarer und deutlicher ist der Schmerz, wenn man die Heimat verliert. Er macht Wert und Wesen des Verlorenen im Nachhinein bewußt.

Viele Millionen Menschen haben während des Zweiten Weltkrieges und danach ihre Heimat verloren. Ein großer Teil von ihnen waren Deutsche. Der Schmerz über den Verlust lastet schwer auf den Betroffenen. „Viele Vertriebene werden bis an ihr Lebensende von der Grunderfahrung der Vertreibung bestimmt bleiben“, sagte zutreffend die Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland vom Oktober 1965.

Ich selbst bin Vertriebener aus Ostpreußen. Und doch war mir der Schmerz über den Verlust der Heimat in seiner vollen Bedeutung lange fremd. Denn ich war Kind, als die Vertreibung stattfand. Was den Älteren zugefügt worden war und warum ihr Sehnen und Trachten in die alte Heimat zurückging, habe ich eigentlich erst begriffen, als ich selbst zwei Jahrzehnte später hier in Westdeutschland, am Niederrhein, wirklich heimisch geworden war. Menschliche Bindungen waren entstanden, das freiheltliche geistige Klima des Rheinlandes, die Landschaft und vieles andere mehr war mir Heimat geworden. Und der Gedanke, ich könnte diese Heimat verlieren, war es, der mich das Leid meiner Eltern und all der anderen ermessen ließ. Aber zu dieser Erfahrung gehört auch die Einsicht, daß nach dieser Entwicklung selbst eine Rückkehr nach Ostpreußen Verlust meiner Heimat und Nichtwiedergewinnung gewesen wäre. Und natürlich machen solche Überlegungen klar, wie denen zumute sein muß, die nun jahrzehntelang in unserer früheren Heimat zu Hause sind, dort vielleicht schon in der zweiten Generation geboren worden sind.

Wohl alle Besucher der früheren Heimat erleben die tiefgreifenden Änderungen so wie Christian Graf von Krockow es in seinem Buch „Die Reise nach Pommern“ beschreibt: Zwar sei das Land noch da, aber es sei nicht mehr Pommern. Es sei, schreibt er, „Pomorze, fremd und nun fern. Und doch vertraut für alle, die dort heute eine Heimat gefunden haben.“ So ist es. Und sehr viele, die dort früher ihre Heimat verloren haben, begreifen die Veränderungen, nehmen sie an und geben doch ihrer Liebe zur alten Heimat in friedlicher, freundschaftlicher Weise Ausdruck. Da gibt es

persönliche Verbindungen zu denen, die jetzt in den Häusern wohnen. Deutsche leisten materielle Hilfe bei der Erhaltung der Gebäude und Gehöfte, in denen sie geboren worden sind, in denen jetzt aber andere leben. Und an die tatkräftigen großangelegten Hilfsaktionen ist zu erinnern, die zu Beginn der 80er Jahre von hier ausgingen, um polnischen Menschen durch die bitterste Not zu helfen. Städtepartnerschaften sind entstanden, ein Jugendaustausch findet statt, der Reiseverkehr flutet in beiden Richtungen.

Wir sehen, es muß nicht bei Schmerz und Verbitterung bleiben. Heimatliebe respektiert auch die Heimat des anderen, selbst wenn es früher die eigene war. Nicht die Wiederherstellung dessen, was nicht mehr zurückzuholen ist, sondern Verständigung, Versöhnung und Frieden sind angesagt.

Dazu gibt es, das haben wir Deutschen aus unserer Geschichte und ihrem Elend gelernt, keine Alternative. Die Friedenspflicht hat obersten Rang, das Verständigungsgebot ist widerstreitenden Rechtsansprüchen übergeordnet. Dabei muß es bleiben.

Wer Frieden wirksam sichern, wer die Wiederholung von Verbrechen und Katastrophe ausschließen will, darf Schuld und Unrecht nicht verschweigen. Soweit es dabei um deutsche Schuld geht, ist ihre Benennung nicht Nestbeschmutzung. Und es geht auch nicht um selbstzerstörerische Übungen in Bußfertigkeit. Nein, wir erinnern uns an deutsche Schuld und an verbrecherisches Handeln, um die Stelle zu kennzeichnen, an der der Einbruch des Unheils erfolgt ist. Nie wieder soll es sich ereignen, schon seine geringsten Anfänge wollen wir, informiert und deshalb wachsam, verhindern.

Bundespräsident von Weizsäcker hat in seiner Rede zum 8. Mai 1985 an Hitlers Erklärung vor der deutschen Generalität im Mai 1939 erinnert. Der sagte damals:

„Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden... Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht.

Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung... Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen, und bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen...

Hierbei spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle.“

Wir sollten das im Gedächtnis behalten. Es hilft uns auch, zu verstehen, wie alles gekommen ist, wie wir die Ostgebiete verloren haben und woraus sich die Teilung Deutschlands entwickelt hat.

Mit deutschem Unrecht hat es begonnen. Diese Wahrheit auszusprechen, ist notwendige Grundlage für Versöhnung und Verständigung. Aber die ganze Wahrheit umfaßt auch das Unrecht, das Deutschen mit der Vertreibung - und bei der Vertreibung - zugefügt worden ist. Das auszusprechen, hat nichts mit einer - sowieso unmöglichen - Aufrechnung zu tun. Sondern es ist notwendige Antwort auf das berechtigte bittere Empfinden der Vertreibungsoffer, daß das ihnen zugefügte Leid weder totgeschwiegen noch gerechtfertigt werden darf. In aller Freundschaft und um des Friedens willen werben wir um diese Einsicht bei denen, die diese Seite ihres eigenen Geschichtsbuches noch beschreiben und schließlich das erlösende Wort sprechen müssen: bei Polen, Tschechen, den Menschen der Sowjetunion und anderen. Erste Anzeichen der Bereitschaft zur Einsicht gibt es, aber auch noch viele Unvermögen zum Erinnern und Reden.

Wie das auch ausgehen mag, für uns ist es ein allgemein akzeptiertes Gebot der Menschlichkeit und auch der Heimatverbundenheit, daß eine Vertreibung schon zu viel war und daß es eine zweite niemals geben darf. Niemand soll sie fürchten, mehr noch: niemand soll sich vor uns fürchten. Das ist die Konsequenz aus den Lehren unserer Geschichte, daß wir Frieden nicht nur fordern und versprechen, daß wir jegliche Gewalt nicht nur mit Worten ablehnen, sondern durch Handeln und Reden Vertrauen schaffen und Unsicherheit ausräumen wollen. Die Menschen in Polen, in der Tschechoslowakei und anderenorts, die sich des deutschen Überfalls, deutscher Verfolgung und Unterdrückung noch schauernd erinnern, können sich darauf verlassen, daß ihnen von uns Gefahr nicht droht und auch nicht drohen wird. Sie können ihrer jetzigen Heimat sicher sein. Es gibt zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland keine gegenseitigen Gebietsansprüche und wird sie auch künftig nicht geben. An diese Aussage des Warschauer Vertrages von 1970 halten wir uns wie an die entsprechenden anderen Vereinbarungen. Und wo neue Lösungen gesucht werden, da nur friedlich und im Zusammenwirken aller westlichen und östlichen Nachbarn, also vor allem mit den Betroffenen.

(-/12.9.1988/vo-he/rs)

(Teil II und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

* * *